

„Die Stadt zusammenhalten“

HOFHEIM Bündnis will eine Plattform für Begegnungen schaffen

Von Andrea Rost

Die Erkenntnis, die die Akteure eint, ist nicht neu. „Immer mehr Menschen sind auch in Hofheim von der Teilhabe an Bildung, Arbeit und Wohnen ausgeschlossen“, sagt Marcus Krüger vom Sozialbüro. Gegen den Bau von Sozialwohnungen gebe es in der Bevölkerung massiven Widerstand. Auch Flüchtlingsunterkünfte seien längst nicht überall gerne gesehen. „Die Willkommenskultur haben wir gut hingekriegt, bei der Teilhabekultur hapert es aber noch.“

Um all jenen, die zurzeit benachteiligt sind, Möglichkeiten zu eröffnen, künftig am Leben in der Stadt teilzunehmen, hat sich jetzt ein breites Bündnis in Hofheim formiert. Kirchen, Wohnhilfe, Caritas, Sozialbüro, die Clément-Stiftung, die städtische Wohnungsbaugesellschaft (HWB), der Verein Frauen helfen Frauen sowie Bürgermeisterin Gisela Stang (SPD) haben die Aktion „Gemeinsinn“ aus der Taufe gehoben.

Eine Plattform für Begegnung solle damit geschaffen werden, sagte Andrea Clément. „Wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft einander besser kennenlernen, werden Vorurteile und Hemmschwellen am einfachsten abgebaut“, weiß die Gründerin der Clément-Stiftung, die sich unter anderem in der Flüchtlingshilfe engagiert und Rentner als Schülercoaches in die Hauptschule schickt, um Jugendlichen mit Migrationshintergrund den Weg in den Beruf zu erleichtern. Vereine wollen die Initiatoren des Bündnisses mit ins Boot holen und möglichst viele Einzelpersonen, die das Gemeinsame über das Trennende stellen wollen.

„Als Politiker brauchen wir die Zivilgesellschaft, um die Stadt zusammenzuhalten“, bekräftigt Bür-



Mitarbeiter des Sozialbüros halten das Plakat zur Aktion „Gemeinsinn“.

RENATE HOYER

DAS BÜNDNIS

Die Aktion „Gemeinsinn“ versteht sich als Plattform, um Begegnung zu schaffen und benachteiligten Menschen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Bündnispartner sind die katholische und die evangelische Kirche, der Caritasverband Main-Taunus, die Clément-

germeisterin Gisela Stang (SPD). Die Sozialdemokratin erlebt sich selbst immer wieder als „Wandlerin zwischen den Welten“. „Auf der einen Seite sehe ich ganz viel Engagement von Ehrenamtlichen, auf der anderen Seite gibt es auch in Hofheim immer mehr

Stiftung, der Verein Frauen helfen Frauen, die Stadt Hofheim und die Hofheimer Wohnungsbau sowie weitere Verbände und Organisationen.

Wer mitmachen möchte, wendet sich an das Sozialbüro Hofheim, Telefon 06192/207890, E-Mail: info@sozialbuero-main-taunus.de. aro

Menschen, die nichts mehr vom Leben erwarten, weil sie sich nicht daran beteiligen können.“ Feldbetten in der Ländcheshalle für Hunderte Flüchtlinge aufzustellen, sei das eine, die neu Angekommenen in der Stadt zu integrieren, das andere. „Der schwie-

rige Part fängt jetzt erst an“, sagte Stang.

Als positives Beispiel, wie Begegnung funktionieren und Teilhabe gelingen kann, nannte der neue Geschäftsführer des Caritasverbandes Main-Taunus, Torsten Gunnemann, das Projekt „Anziehungspunkt“. In den Secondhandläden könnten alle Menschen einkaufen, egal ob arm oder reich. Das eingenommene Geld werde für weitere Hilfsprojekte verwendet. Bei der Aktion „Gemeinsinn“ gehe es auch um eine neue Perspektive, sagte Dekan Martin Fedler-Raupp vom Dekanat Kronberg. „Menschen in ihrem Anderssein wahrzunehmen, kann auch eine Bereicherung für das eigene Leben sein.“

MEISTGEKLIKT

Die meistgelesenen Texte aus der Region auf FR.de

- 1 Marburger Arzt erschießt Kollegen** Streit um gemeinsame Praxis
- 2 Kein Bus mehr für Prostituierte** Kritik an Hilfe auf Straßenstrich
- 3 Zeugin im Gerichtssaal festgenommen** Mordprozess in Hanau

Lesung auf Obstwiese

MAINTAL Böttcher verblüfft mit Kulturregion-Beitritt

Von Detlef Sundermann

Viel war es in der Vergangenheit nicht, was aus Maintal kulturell in die Region strahlte, vielleicht am ehesten noch die Reihe „Hochstädter Kirchenkonzerte“ und die eine oder andere Sonderausstellung. Das kann sich zumindest ab 2017 ändern, dann fungiert die Stadt als Gesellschafterin bei der Kulturregion Frankfurt/Rhein-Main gGmbH. Bürgermeisterin Monika Böttcher (parteilos) erhofft sich durch die Mitgliedschaft eine bessere Außendarstellung und einen Imagegewinn für Maintal.

„Ich habe dem Magistrat den Beitritt vorgeschlagen und finde ihn sehr wichtig“, sagt Böttcher. Mit Maintal werde nun ein „weißer Fleck auf der Karte der Kulturregion geschlossen“. Dies trifft jedoch nur auf den Kartenabschnitt zwischen Frankfurt und Hanau zu, denn außer Hanau, Maintal und Bad Orb ist das gesamte Kreisgebiet eine weiße Fläche. Der Kreistag hat 2013 den Austritt aus mehreren Gesellschaften beschlossen, auch aus der Kulturregion. Begründung: „Effekte der einzelnen Mitgliedschaften (...) sind für den Main-Kinzig-Kreis gering bis nicht vorhanden.“

Politiker äußern sich überrascht

Das sieht Kulturregion-Geschäftsführerin Sabine von Bebenburg naturgemäß anders. Mit dem bescheidenen Mitgliedsbeitrag werde von ihrer Gesellschaft viel bewegt, so mit der Route der Industriestruktur, Garten Rhein-Main oder mit den 65 Veranstaltungen zu „Transit“. Maintal könne bei Projekten inhaltlich mitwirken und profitiere von Programmen, etwa ab 2018 vom Theaterfestival „Starke Stücke“.

Böttcher sieht nun die Stadt zudem als Teil der Route der Industriekultur – etwa mit dem einstigen Kraftwerk im Main. Dass Maintal keine öffentlichen Gärten besitzt, die in die Beschreibung von Garten Rhein-Main passen, sieht Böttcher nicht als Hindernis, bei diesem Thema ebenso dabei zu sein. „Wir haben die größte zusammenhängende Streuobstfläche, dort lassen sich etwa Lesungen veranstalten“, sagt sie.

Die Fraktionen sind teilweise überrascht von dem Beitritt. „Das ist eine neue Information“, sagt Monika Vogel (Grüne). „Wir haben am Montag im Parlament in einer Randnotiz von Frau Böttcher davon erfahren“, so Sebastian Maier (SPD). Und die 6310 Euro für die Mitgliedschaft hätte man im Haushalt auch nicht gefunden.

Antworten zu Schwimmbad-Neubau gefordert

BAD VILBEL SPD und Grüne unzufrieden mit Auskünften von Bürgermeister Stöhr

Nach dem Ausstieg des Immobilien-Eigenbetriebs der Bad Vilbeler Stadtwerke aus dem Sport- und Spaßbadprojekt der Unternehmensgruppe Wund sieht die Opposition noch bei mehreren Fragen Gesprächsbedarf. Im Haupt- und Finanzausschuss konnte CDU-Bürgermeister Thomas Stöhr SPD und Grünen am Donnerstag noch keine zufriedenstellenden Antworten geben. Dabei soll das Stadtparlament am Dienstag dem von Stadtrat Klaus Minkel (CDU) ausgehandelten Vertrag mit dem Investor seinen Segen geben. „So wie die Vorlage ist, ist sie nicht abstimmungsfähig“, sagte SPD-Fraktionschef Christian Kühl gestern. Das Sport- und Spaßbad soll vom Frühjahr 2017 an zwischen dem Schulzentrum und der B3 entstehen.

Minkel hatte im November den Ausstieg des Stadtwerke-Eigenbetriebs aus dem Erlebnisbad bekanntgemacht. Nach dem neuen Konzept wird sich das Engagement des Eigenbetriebs auf das geplante kommunale Hallenbad,

zwei Parkhäuser und die Zufahrtsstraßen beschränken. Die Wund-Gruppe baut den Stadtwerken das Kommunalbad für acht Millionen Euro netto sowie die Parkhäuser und Straßen für 17 Millionen Euro netto. Die 25 Millionen Euro sind erst fällig, wenn der erste zahlende Gast das Erlebnisbad betritt. Bis dahin ist der Betrag verzinslich gestundet.

Für jährlich 5,5 Millionen Euro erhält die Wund-Gruppe ein Dauernutzungsrecht von 99 Jahren an dem Kommunalbad und den Parkhäusern. Sie will es laut Minkel zu „bürgerfreundlichen Preisen“ betreiben und die Verluste tragen. Für 200000 Euro im Jahr gewährt die Stadt der Wund-Gruppe überdies ein Erbbaurecht an dem rund 110000 Quadratmeter großen Grundstück.

Im Grundsatz haben SPD und Grüne nichts gegen die Pläne von Minkel und Investor Josef Wund. Dennoch sind sie verärgert. Der Bürgermeister habe im Ausschuss mehrere Fragen zum neuen Badkonzept nicht beantwort-

ten können, sagte der SPD-Stadtverordnete Carsten Hauer am Freitag. Minkel, der viele Zweifel hätte beseitigen können, befand sich am Donnerstag im Urlaub.

Sorgen machen sich die Genossen unter anderem über die Eintrittspreise beim kommunalen Hallenbad. Die Stadt müsse hier ein Mitspracherecht haben, sagte Fraktionschef Kühl. Zu dieser Frage finde sich in der Vorlage aber nichts. Minkel beruhigt die Kritiker: Es werde Preise geben, wie sie in Schwimmbädern in Vilbels Umgebung üblich seien.

Freibad soll realisiert werden

Größer sind die Sorgen von SPD und Grünen, was das geplante Freibad betrifft. „Dazu wird nichts gesagt“, äußerte der Grünen-Stadtverordnete Christopher Mallmann. Der Neubau soll das alte Freibad an der Nidda ersetzen. Dass es so kommen wird, bezweifelt Mallmann. „Mit der Fläche kann Wund sehr profitable Dinge anstellen, oder er kann für

die Stadt ein Freibad bauen, wo er am Ende noch drauflegt.“ Tatsächlich ist das Freibad aus den bisherigen Planungen ausgeklammert worden. Realisiert wird es Minkel zufolge trotzdem. Es sei schließlich Gegenstand der Ausschreibung gewesen. Fest steht: Solange es kein neues Freibad gibt, soll das alte offen bleiben.

Im Stadtparlament werden SPD und Grüne Antworten verlangen auf diese und andere Fragen. Eine Mehrheit wird der Vertrag mit dem Investor so oder so finden. Bis auf die SPD, die sich enthielt, stimmten bereits im Ausschuss alle anderen für das Konzept – auch die Grünen. Für die Ökopartei überwiegen die positiven Aspekte. Ihren Antrag, die Erbbaupacht auf bald 1,4 Millionen zu erhöhen, wollen sie am Dienstag trotzdem stellen. 200000 Euro seien angesichts eines Grundstückswerts von mindestens 27 Millionen Euro zu niedrig. Im Gegenzug soll Wund weniger für das Dauernutzungsrecht zahlen. agr